Deutscher Bundestag **Drucksache 19/6424**

19. Wahlperiode 12.12.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Michael Espendiller, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Marc Jongen, Martin Reichardt, Marc Bernhard, Marcus Bühl, Tino Chrupalla,Joana Cotar, Siegbert Dröse, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Franziska Gminder,Kay Gottschalk, Armin-Paulus Hampel, Martin Hebner, Martin Hess, Martin Hohmann,Leif-Erik Holm, Dr. Marc Jongen, Jens Kestner, Enrico Komning, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Rüdiger Lucassen, Frank Magnitz, Jens Maier, Andreas Mrosek,Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Frank Pasemann, Jürgen Pohl, Stephan Protschka, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Detlev Spangenberg,René Springer und der Fraktion der AfD

Wissenschaftlichem Nachwuchs in Deutschland eine Perspektive geben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Es gibt heute keine wirklichen Alternativen zu einer Politik, die auf Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovationen setzt! Sie ist die Quelle für wirtschaftlichen Erfolg, von Wachstum und Beschäftigung und bildet die Grundlage für heutigen und künftigen Wohlstand.

Die Erfolge Deutschlands basieren zu einem Großteil auf seiner leistungsfähigen Volkswirtschaft und seinem breit aufgestellten Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationssystem.

Diese Erfolge müssen ständig neu erkämpft werden. So steht Deutschland mit den anderen EU-Staaten und Europa mit den USA und Asien in einem harten Wettbewerb um exzellente Wissenschaft und um die besten Wissenschaftler der Welt.

Großbritannien, Frankreich und die USA haben erkannt, dass der Bildung, Wissenschaft und Forschung wichtige Standortfaktoren sind und langfristig den Interessen ihrer Länder mehr nutzen als manche anderen harten Standortfaktoren. Diese Länder bilden aus und halten hervorragend qualifizierte Wissenschaftler im Land.

Deutschland ist, nach den USA und Großbritannien, bei den ausländischen ein gefragter Studienstandort. Das erklärt sich leider aber auch aus der Tatsache, dass ein Studium in Deutschland kostenlos ist.

In Deutschland studieren heute 2,8 Millionen junge Menschen. Davon sind 265.484 Ausländer. Die meisten ausländischen Studierenden kommen aus China (34.997), Indien (15.308) und Russland (11.295) (https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-06-Hochschulsystem/Statistik/2018-05-

17_Final_fuer_Homepage_2018.pdf). Laut einer aktuellen Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) betrug der Anteil der Studierenden der europäischen Mitgliedstaaten im Jahre 2016 32%. Es studierten sogar mehr Asiaten in Deutschland als europäische Studenten. Ihr Anteil lag bei 33%. Hiervon stammen 7% aus China (https://www.bmbf.de/pub/Auslaendische_Studierende_in_Deutschland_2016.pdf S. 15). Sehr beliebt sind bei ausländischen Studenten die Ingenieurswissenschaften, die Mathematik und die Naturwissenschaften. Im Vergleich zu deutschen Studierenden wählen ausländische Studenten an deutschen Universitäten wesentlich häufiger ein MINT-Fach. Der Anteil deutscher Studenten beträgt hier nur 15%. 22% ausländische Studenten wurden vornehmlich in den Fächern Informatik, Bauingenieurwesen und Mathematik immatrikuliert. (https://www.bmbf.de/pub/Auslaendische_Studierende_in_Deutschland_2016.pdf S. 24).

Deutschland bildet hervorragend aus, vermag es jedoch nicht, das Personal im Land zu halten.

Eine Studie des DAAD aus dem Jahre 2017 zeigt, dass das ausländische Wissenschaftspersonal an deutschen Hochschulen lediglich 7% beträgt (http://www.wissenschaftweltoffen.de/publikation/wiwe_2017_verlinkt.pdf S. 97). Es fehlen schon jetzt Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter an den Hochschulen. Einstellungen verlaufen hier fast ausschließlich befristet. Eine Anstellung an einer deutschen Hochschule ist für ausländische und inländische Wissenschaftler so wenig attraktiv. Ausländische Professoren dürfen nur zwei Jahre im Land bleiben. Inländische Professoren werden zunehmend auf drei bis fünf Jahre befristet angestellt und erhalten durchschnittlich 4.565 Euro brutto, wobei Kranken- und Pflegeversicherung selbst zu tragen sind (https://www.academics.de/ratgeber/gehalt-professor-was-verdient-ein-professor).

In Deutschland werden bis 2026 rund 100.000 Ingenieure fehlen, hier vor allem Elektroingenieure und Bauingenieure laut einer aktuellen Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach (https://www.welt.de/sonderthemen/vernetzte-welten/article159315818/Deutschlands-verzweifelte-Suche-nach-Ingenieuren.html). Hauptgrund ist der im Vergleich zu anderen Ländern wie z.B. die USA, Australien und die Schweiz das wesentlich geringere Einkommen in Deutschland. Hinzu kommt die Befristung des Arbeitsplatzes und die Rahmenbedingungen für die Familien der Wissenschaftler.

Um wissenschaftlichem Nachwuchs in Deutschland eine echte Perspektive zu geben, müssen die Rahmenbedingungen grundlegend verändert werden. Es sollte zum einen, ähnlich wie in Frankreich, China und den USA, über die Einführung von Studiengebühren für zahlungsfähige Ausländer nachgedacht werden. Zum anderen sind die Rahmenbedingungen für die Anstellung von Wissenschaftlern zu ändern. Für Festanstellungen ohne zeitliche Befristungen mit einem den an Wissenschaftlern gestellten Anforderungen angemessenen Gehalt, würde Deutschland sowohl in- als auch ausländische Wissenschaftler im Land halten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Entwicklung einer in sich geschlossenen Strategie für eine Außenwissenschaftspolitik voranzutreiben und umzusetzen,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. dem Deutschen Bundestag ein Einwanderungsgesetz vorzulegen, das an nationalen Interessen und Präferenzen ausgerichtet ist, wie bei jedem Einwanderungsland in der Welt auch,

3. gemeinsam mit den Ländern neue Formate der institutionellen Förderung des Bundes und der Länder zu entwickeln, um so im deutschen Wissenschaftssystem den Hochschulen vergleichbare Positionen wie den außeruniversitären Forschungseinrichtungen einzuräumen,

4. dafür Sorge zu tragen, dass Kooperationen zwischen universitären und außeruniversitären Einrichtungen künftig enger miteinander vernetzt werden,

5. den Aufbau von Infrastrukturzentren zur gemeinsamen Nutzung durch Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen voranzutreiben,

6. gemeinsam mit den Ländern einen Hochschulpakt zu vereinbaren, dessen Laufzeit über mehrere Legislaturperioden angelegt ist und der die Betreuungsrelationen zwischen Lehrenden und Studierenden besser berücksichtigt,

7. gemeinsam mit den Bundesländern für Transparenz und Verlässlichkeit der Karrierewege im deutschen Wissenschaftssystem Sorge zu tragen,

8. die Förderlinie Exzellenzcluster (EXC) der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur projektförmigen Förderung international wettbewerbsfähiger Forschungsfelder in Universitäten bzw. Universitätsverbünden weiterzuentwickeln und einen entsprechenden Mittelaufwuchs im Bundeshaushalt vorzusehen,

9. Maßnahmen zur Stärkung der Promotion innerhalb strukturierter Promotionsprogramme durch Graduiertenschulen und Graduiertenkollegs an forschungsstarken Hochschulen in Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu unterstützen,

10. neuartige Möglichkeiten über das Emmy Noether-Programm hinaus für leistungsstarke junge Forscher zu schaffen, selbständig eigene Forschungen zu betreiben (Integration von Nachwuchsgruppen),

11. die Länder dahingehend zu unterstützen, dass sie die Gehaltseinstufungen von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern dem internationalen Niveau entsprechend anpassen können,

12. in Zusammenarbeit mit den Ländern Strategien zu entwickeln, die es den Ländern ermöglichen, Wissenschaftlern unbefristete Festanstellungen anzubieten.

Berlin, den 7. Dezember 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.